

Robert-Martin Montag, Generalsekretär FDP Thüringen  
Liebknechtstr. 16a, 99085 Erfurt

Bündnis „Rettet die Familie“  
Geschäftsstelle: Theresia Erdmann  
Heidigweg 57a  
63742 Aschaffenburg

Erfurt, 29.07.2019

FDP Thüringen

robert-martin.montag  
@fdp-thueringen.de  
www.fdp-thueringen.de

FDP Thüringen  
Liebknechtstr. 16a  
99085 Erfurt

T: 0361 3455919  
F: 0361 3455924

## Wahlprüfsteine zur Thüringer Landtagswahl im Oktober 2019

Sehr geehrte Frau Erdmann, sehr geehrter Herr Dr. Resch,  
vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine zur anstehenden  
Landtagswahl, die ich Ihnen gern anbei beantwortet zurücksende.  
Für weiterführende Gespräche stehe ich Ihnen jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Robert-Martin Montag  
Generalsekretär FDP Thüringen

FDP Freie Demokratische Partei, Landesverband Thüringen e.V.  
Liebknechtstr. 16a 99085 Erfurt  
Telefon: +49 361 3455919, Telefax: +49 361 3455924

E-Mail: lgs-thueringen@fdp.de, Internet: www.fdp-thueringen.de

Landesvorsitzender: Thomas L. Kemmerich  
Landesgeschäftsführer: Tim Wagner

## Wahlprüfsteine vom Bündnis „Rettet die Familie“ für die Landtagswahl in Thüringen am 27.10.2019

### Frage 1

Wie wollen Sie das Missverhältnis beenden, dass die Investitionen in Kinder (Erziehungsarbeit und Sachkosten) den Eltern abverlangt werden, aber deren Ertrag (Altersversorgung) fast ausschließlich an Erwerbsarbeit gebunden wird?

### Antwort

Wir Freie Demokraten sehen in Art. 6 GG die Werte der Familie beschrieben und sind darüber hinaus davon überzeugt, dass der „Ertrag“ von Kindern, wenn man unbedingt diesen Begriff verwenden möchte, in der Freude der Elternschaft liegt. Kinder sind ein Geschenk. Wir tun uns schwer, bei aller Begeisterung für die Marktwirtschaft, mit Kindern in erster Linie einen "Ertrag" wie die Altersversorgung der Eltern und ihrer Generation zu verbinden. Wir verstehen aber den Ansatz der Frage auch so, dass die Kindererziehung in ungenügender Weise in der staatlichen Altersversorgung berücksichtigt wird. Die Zeit, die vor allem Mütter aus der Erwerbsarbeit ausscheiden, ist nur unzureichend als wertschöpfend in der Berechnung der Rente berücksichtigt. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass z.B. über Langzeitkonten vor allem auch gesellschaftlich relevante Leistung außerhalb der Erwerbsarbeit in der Berechnung der Altersvorsorge Berücksichtigung finden.

### Frage 2

Die gegenwärtige einseitige Finanzierung der Krippenbetreuung von Kleinkindern hat zu einer zusätzlichen Diskriminierung von Eltern geführt, die ihre Kinder selbst betreuen oder dies bei finanzieller Gleichstellung gerne tun würden. Was will Ihre Partei unternehmen, um dem vom Grundgesetz geforderten primären Erziehungsrecht der Eltern wieder Geltung zu verschaffen?

### Antwort

Das staatliche Angebot von Kinderkrippen- und Kindergartenplätzen steht aus unserer Sicht dem primären Erziehungsrecht der Eltern nach Art 6 und Art 7 des Grundgesetzes nicht entgegen. Es bleibt nach wie vor jeder Familie frei überlassen, die Betreuungsangebote zu nutzen. Unter Berücksichtigung eines gesellschaftlichen Systems, das vorrangig auf Erwerbsarbeit beruht, halten wir es aber für geboten, dass der Staat Kinderbetreuung anbietet bzw. die private Organisation derselben unterstützt. Das bedeutet aber nicht, dass jedem, der sein Kind ohne Nutzung der Angebote erzieht, ein Anrecht auf eine Ausgleichszahlung hat.

### Frage 3

Besonders deutlich werden die Strukturmängel unseres Sozialsystems beim Elterngeldgesetz, das das Elterngeld als „Lohnersatz“ definiert und damit die Betreuung von Kleinkindern nicht als anzuerkennende Leistung bewertet, sondern auf eine Stufe mit Krankheit und Arbeitslosigkeit stellt. Durch diese Konstruktion werden ausgerechnet diejenigen Eltern benachteiligt, die das Geld besonders nötig brauchen, Junge, noch in Ausbildung oder im Berufseinstieg befindliche Eltern und Mehr-Kind-Eltern, die wegen der Betreuung älterer Kinder nicht oder weniger erwerbstätig waren, sind

bis heute von dieser Fehlbewertung betroffen. Was will Ihre Partei für die grundsätzliche Anerkennung der Erziehungsarbeit in der Elternzeit tun?

**Antwort**

Grundsätzlich ist für uns Freie Demokraten die Familienplanung eine ganz private Entscheidung, in die der Staat sich auch nur wo wirklich nötig einmischen sollte. Auch die Nutzung von Angeboten wie Elterngeld, Kinderzuschlag, etc., bzw. Angebote von Stiftungen wie der Stiftung Hand in Hand muss den Familien selbst überlassen sein. Um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft sicherzustellen, sind wir aber darauf angewiesen, dass es Nachwuchs gibt. Der Generationenvertrag gerät aktuell bereits ins Wanken. Wir Freie Demokraten glauben, dass Geld nicht über die Entscheidung zur Familienplanung entscheiden sollte. Dennoch verstehen wir, dass wir bei der Anerkennung der Erziehungsarbeit z.B. bei der Berechnung von Rentenansprüchen oder auch der Karriereentwicklung im öffentlichen Dienst Nachholbedarf haben. Wir werden auch zukünftig weitere über möglichst freiheitliche Möglichkeiten nachdenken, wie wir Familienplanung unterstützen können, ohne zu sehr in den privaten Raum der Bürgerinnen und Bürger einzugreifen.

**Frage 4**

Was wollen Sie tun, damit sich die Sozialpädagogik an den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Entwicklungspsychologie orientiert?

**Antwort**

Wissenschaftliche Erkenntnisse fließen in jedem Fachgebiet immer erst mit einer zeitlichen Verzögerung in die Ausbildungsinhalte und darüber in die praktische Arbeit ein. Auch in der Entwicklungspsychologie hat sich in den letzten Jahren viel getan. Es sind sich aber auch hier nicht alle Experten einig, wodurch es schwerfällt, festzulegen, welche Erkenntnisse bzw. Thesen in die Sozialpädagogik einfließen sollen und welche nicht. Hier vertrauen wir auf die Kompetenz derer, die mit Bildung und Ausbildung in diesem Bereich zu tun haben. Wir Freie Demokraten werden auch weiterhin die Lehr- und Studienpläne durch Experten festlegen lassen und dafür Sorge tragen, dass Politik sich – gemäß Art 5(3) GG – aus Lehre und Forschung raushält.